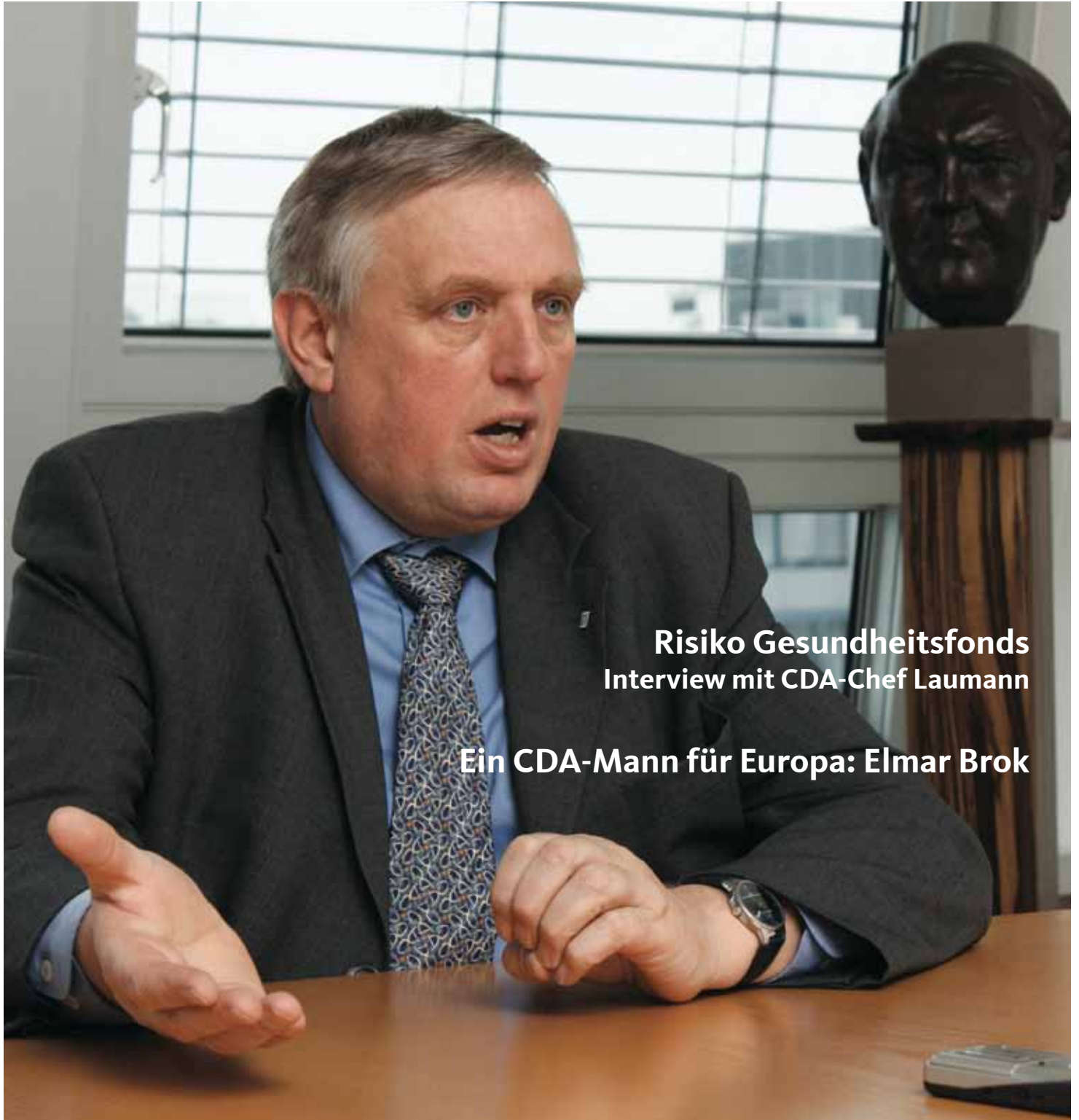


SO!
Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

3. Ausgabe 2009

62. Jahrgang
ISSN 1432-9689



**Risiko Gesundheitsfonds
Interview mit CDA-Chef Laumann**

Ein CDA-Mann für Europa: Elmar Brok

**Vieles
verändert
sich.**

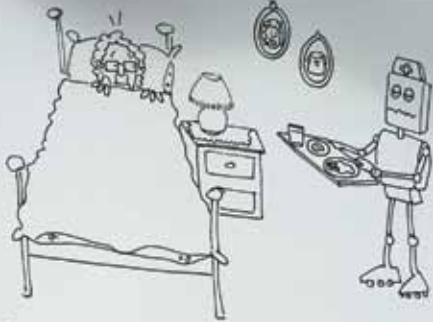
M. Weiß

Es gibt immer mehr
alte Menschen

weniger Junge

Pflege wird teurer

und Schwestern seltener



Schadenfrei
 Krankentage
 Pflegeleistungen
 Mehrleistungen
 Selbst
 Kosten
 Selbstbehalt 500€

11 11 11 11

Gut, dass manche Dinge so bleiben, wie sie sind.

Starke Leistungen, hohe Finanzkraft und umfassender Service. Seit über 100 Jahren sind wir für Sie da. Sorgen Sie jetzt vor – mit PflegeStart, der Zusatzversicherung der SIGNAL IDUNA. So sichern Sie sich eine angemessene Versorgung im Pflegefall. Informieren Sie sich!

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

Ihren persönlichen Ansprechpartner nennt Ihnen:

für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Eric Schewe ● Abt. veöd ● Telefon (02 31) 1 35-25 51 ● eric.schewe@signal-iduna.de

für Arbeitnehmer:

Claudia Utz ● Abt. maksm ● Telefon (02 31) 1 35-43 88 ● claudia.utz@signal-iduna.de

Joseph-Scherer-Straße 3 ● 44139 Dortmund

Europa – vernünftig und sozial

Konrad Adenauer hat in Bezug auf die Einheit Europas von einem Traum, ja einer Hoffnung und Notwendigkeit für viele gesprochen. Seine Vision vom geeinten Deutschland im Herzen Europas ist Wirklichkeit geworden. Die Soziale Marktwirtschaft hält ihr Versprechen, Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Beides gründet auf den Werten unserer christlichen Kultur. Die aktuelle Finanzkrise zeigt, was passiert, wenn unsere Werte kurzfristigem Profitstreben geopfert werden. Diese Casinomenalität gefährdet die Frucht vieler Jahre Arbeit und die Lebensleistung derer, die dieses neue und friedliche Europa für künftige Generationen aufgebaut haben.

Das Haus Europa ist dank Beharrlichkeit, Verhandlungsgeschick und Glück Wirklichkeit geworden. Europa bietet heute 27 Staaten und 490 Mio. Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Das Europäische Parlament hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Wunden von Kriegswahn, Nationalismus und Diktatur verheilt sind. Dieses Parlament, von den Bürgerinnen und Bürgern erstmals 1979 gewählt, fordert selbstbewusst die ihm zustehenden Rechte ein, um als Partner Politik für die Menschen zu gestalten. Seit über 30 Jahren setzt sich die EUCDA erfolgreich dafür ein, dass Europa verbindliche Regeln zum Schutz der Arbeitnehmerschaft erlässt. Unsere Maxime ist ein europaweiter und globaler

Ordnungsrahmen für die Soziale Marktwirtschaft. Nur so können wir Lohndumping bekämpfen und ein Arbeitsleben in Würde gestalten. Arbeit darf bei bewährter Qualität nicht billiger werden, sonst droht die Entmenschlichung der Arbeitswelt. Diesem Grundsatz folgend, hat die EUCDA in den letzten 5 Jahren u.a. aktiv an der Errichtung des Globalisierungsfonds und an der Stärkung der Europäischen Betriebsräte mitgearbeitet. Bei der Arbeitszeit haben wir gegen den Widerstand der Kommission und einiger Regierungen auf einem stärkeren Schutz für die Arbeitnehmerschaft bestanden. Im Reformvertrag von Lissabon konnten EUCDA-Mitglieder erstmalig die Soziale Marktwirtschaft und eine horizontale Sozialklausel verankern.

Dank Europa ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Damit das so bleibt, müssen sich die Staaten besser abstimmen, zumal in Krisenzeiten. Die Soziale Marktwirtschaft liefert dafür die richtigen Antworten: Dem EU-Binnenmarkt verdankt Deutschland nicht nur Millionen von Jobs, sondern auch einen jährlichen Handelsbilanzüberschuss von 130 Mrd. €. Gute Politik ist für mich eine, die dem Menschen dient. Dazu haben wir uns in Europa verpflichtet, daran wollen wir mit Ihrer Hilfe auch in der nächsten Legislaturperiode arbeiten.

Herzlich

Ihr Elmar Brok



PRISMA



Ernennung

Gerald Weiß zum Bundesbeauftragten für Sozialwahlen ernannt. S. 6

Vorreiter

Eltern-Kind-Büro im Bundestag eingerichtet. S. 6

Aktion

Bündnis will für Entgeltgleichheit sorgen. S. 6

INTERVIEW



Gesundheitsfonds

Der Bundesvorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann, über die Risiken und Vorteile der Gesundheitsreform. S. 8

REPORTAGE



Arbeitsplatz

So können sich Investitionen in die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz bezahlt machen. S. 14

IMPRESSUM

Herausgeber

CDA Deutschlands
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Geschäftsführer

Martin Kamp

Chefredakteurin

Andrea Resigkeit
Telefon: 030/92 25 11-194
Telefax: 030/92 25 11-2194
E-Mail: aresigkeit@cda-verlag.de

Gestaltung

iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen

Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen acht Mal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Heider Druck GmbH

Fotos www.elmarbrok.de, Jödis Zähring, www.fotolia.de

Titel Jödis Zähring

Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 01. Januar 2009.

POLITIK



Lebensqualität

Cornelia Yzer über die Bedeutung der Pharmaforschung. S. 11

Finanzen

Bundesministerin Ilse Aigner über Verbraucherschutz in der derzeitigen Finanzkrise. S. 16

Mitgliederservice

Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer

Martin Kamp

CDA INTERN



Tagung

Europäische Arbeitnehmerkonferenz im AZK. S. 18

Festveranstaltung

60 Jahre Tarifvertragsgesetz. S. 20

Aktion

Frauen in der CDA am Equal Pay Day aktiv. S. 22

CDA-Initiative gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Neues Magazin „kind.gerecht.“ klärt auf



Welche Anliegen verfolgte die CDA genau? Welche Formen von Kinderarbeit gibt es, in welchen Ländern ist Kinderarbeit offiziell erlaubt?

Wie leben Kinder auf der Müllkippe – wie in den Steinbrüchen Indiens? Was bedeutet fair einkaufen, wie entsteht ein T-Shirt?

Antworten auf diese und andere Fragen finden Sie in unserem aktuellen Magazin „**kind.gerecht**“.

Das Magazin kann kostenlos unter: info@cda-gegen-kinderarbeit.de bestellt oder als PDF-Dokument auf cda-gegen-kinderarbeit.de abgerufen werden.

Bundesbeauftragter für Sozialwahlen ernannt CDA-Vize Gerald Weiß MdB übernimmt 2010 Amt



Der Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDA, Gerald Weiß MdB, übernimmt neues Amt

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat Ersten Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDA, den Rüsselsheimer CDU-Bundestagsabgeordneten Gerald Weiß, zum Bundesbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen ernannt. Weiß wird dieses Ehrenamt am 1. Oktober 2010 offiziell antreten und bis zum 30.09.2015 ausüben. Er ist Nachfolger des ehemaligen Bundesbeauftragten Hans-Eberhard Urbaniak, dessen Vorgänger wiederum der ehemalige Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink, war. Traditionell stellt die jeweils stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag den Bundesbeauftragten, der von einem kleinen Mitarbeiterstab beim Bundesarbeitsminister in Berlin bzw. in Bonn unterstützt wird.

Dem Bundeswahlbeauftragten obliegen die allgemeinen Aufgaben und die Durchführung der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der bundesunmittelbaren Versicherungsträger wie z. B. der Deutschen Rentenversicherung oder der Bundesknappschaft. Er kann in diesem Zusammenhang Richtlinien erlassen, die die einheitliche Durchführung der Wahlen sicherstellen.

2011 werden die Selbstverwaltungsorgane der Versicherungsträger zum zehnten Mal gewählt. Weiß bezeichnete die Ernennung als einen „außerordentlich ehrenvollen und wichtigen Auftrag“, den er – zusammen mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen – gewissenhaft und mit vollem Einsatz erfüllen will. ■

VORREITER

Bundestag richtet Eltern-Kind-Büro ein

Mit gutem Beispiel geht die Bundestagsverwaltung voran: Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten können ab sofort ihre Kinder mit zur Arbeit nehmen, wenn kurzfristige Betreuung nötig wird. Im Berliner Parlament wurde ein Eltern-Kind-Büro eröffnet, das Väter und Mütter tageweise mieten können, wenn ihr Kind leicht erkrankt ist oder eine Tagesmutter kurzfristig ausfällt. Das zentral gelegene Büro bietet einen vernetzten Bildschirmarbeitsplatz mit entsprechender Software und Zugriffsmöglichkeit auf alle benötigten Daten. Väter und Mütter können dort ebenso arbeiten wie in ihrem eigenen Büro. Kinder finden Bücher und Spielzeug vor. Im Büro stehen Kinderbett und Wickeltisch, ein Waschbecken ist ebenfalls vorhanden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reservieren das Büro im Bedarfsfall kurzfristig und unproblematisch bei der Parlamentsverwaltung, erhalten Zugriff auf ihre persönlichen Daten auf dem PC-Laufwerk und sind so an ihren eigentlichen Arbeitsplatz angebunden. Das Eltern-Kind-Büro kann für die Dauer von bis zu drei Tagen genutzt werden (die betreuten Kinder sollten nicht älter als 12 Jahre sein). Das Büro verbessert die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Beruf für die rund 2.400 Beschäftigten der Bundestagsabgeordneten in Berlin und trägt zur Entlastung berufstätiger Eltern bei.

AUFGESCHNAPPT



AKTION

Frauenpower

Erstmals in Deutschland hat sich ein Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen formiert, die sich gemeinsam für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen einsetzen. Hierzu gehört nicht nur der Initiator des ersten Equal Pay Day, das Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany, sondern auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Frauenrat (DF,) und der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU).

An der Aktion haben sich auch die Frauenunion und die Frauen in der CDA erfolgreich beteiligt. Ein ausführlicher Bericht auf Seite 17. Nur so können eine flächendeckende Wirkung erzielt und maximale Aufmerksamkeit bei allen Beteiligten erreicht werden. ■

WEISE

Ausblick

Täglich schlechte Nachrichten: Die Korrektur der BIP-Veränderungsrate auf nunmehr -6 Prozent für 2009 spiegelt vor allem den extremen Einbruch der Export- und Investitionsgüternachfrage in den letzten sechs Monaten wider. Bei dieser deutlichen Korrektur darf nicht übersehen werden, dass es erste Hoffnungszeichen gibt: Dass sich die Wirtschaftsweisen ausdrücklich gegen weitere Konjunkturprogramme aussprechen, ist zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt richtig, aber es muss der Arbeitsmarkt im Auge behalten werden.

Die beiden beschlossenen Konjunkturprogramme leisten gegenwärtig, was über Programme getan werden kann und müssen teilweise ihre Wirkung noch entfalten. Umso wichtiger ist, dass Bund, Länder und Kommunen weiter an einer finanziellen Umsetzung vor Ort arbeiten. Auch wenn einzelne Branchen massive Einbrüche haben, können andere die Beschäftigung bisher halten: Die Handwerkskonjunktur kann sich dem schlechten wirt-

schaftlichen Umfeld nicht gänzlich entziehen. Sie ist aber weiterhin vergleichsweise zufrieden stellend. 2009 soll es einen Umsatzrückgang um 2 Prozent geben, aber die Handwerkskammer geht davon aus, dass unter diesen Voraussetzungen die Beschäftigung einigermaßen stabil bleiben kann. Das gleiche gilt für die Ausbildungsquote.

Der Chef des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn sprach von der „schlimmsten Depression“ seit der Weltwirtschaftskrise. Allerdings sprach er der Bundesregierung ein Lob für ihre Politik aus. Die Bundesrepublik sei der „größte Stabilisierungsfaktor“ in der Weltwirtschaftskrise, sagte Sinn. „Mit ihren Sicherungssystemen und den zwei Konjunkturpaketen habe sie eine Nachfrage von hundert Milliarden Euro auf den Weltmärkten ausgelöst. „Der Stoß kam aus den USA. Deutschland wirkt als Stoßdämpfer“, sagte Sinn. „Das ist ein Konjunkturprogramm für die Welt, was wir hier machen“, sagte er mit Blick auf die starken Importe des Exportweltmeisters ■

„Kassenpatienten dürfen nicht schlechter behandelt werden!“ Karl-Josef Laumann über den Gesundheitsfonds und seine Probleme

Die Kritik an der Ausgestaltung des Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherung nimmt angesichts der Vergütungsprobleme und der milliardenschweren Beitragsausfälle infolge der Wirtschaftskrise zu. In diesem Jahr verfügt der Fonds – Herzstück der Gesundheitsreform der großen Koalition – über insgesamt 167 Milliarden Euro, aus denen die Ausgaben für die medizinische Versorgung von etwa 70 Millionen Bürgern bestritten werden. Gespeist wird er aus den Beiträgen der Versicherten und Steuermitteln. Dazu wurde den Krankenkassen erstmals ein Einheitsbeitrag von derzeit 15,5 Prozent vorgeschrieben. Vom 1. Juli an sinkt er als Folge des Konjunkturpakets der Regierung auf 14,9 Prozent. Über die Schwierigkeiten sprach die SO! mit dem CDA-Chef und Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann MdL.

SO!: Über drei Milliarden Euro mehr für die niedergelassenen Ärzte in Deutschland. Dennoch reißen die Proteste der Doktoren nicht ab. Sind die Gesundheitsreform und die Erhöhung der ärztlichen Vergütung nur eine Mogelpackung?

Laumann: Nein. Diese beiden Themen darf man nicht vermi-



schen. Sie haben nichts miteinander zu tun. Der Gesundheitsfonds ist ein politischer Kompromiss. Er hat aber auch handfeste Vorteile. Früher mussten wir Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen immer durch höhere Steuerschüsse aus dem Bundeshaushalt, durch höhere Beiträge, Eigenbeteiligungen der Betroffenen oder auch durch Leistungskürzungen ausgleichen. Der Fonds gibt uns die Möglichkeit, die heutigen Kosten des deutschen Gesundheitswesens durch an den Arbeitslohn gekoppelte Beiträge zu bezahlen und die zukünftigen Kosten an Prämien zu koppeln. Diese Entscheidung war richtig, denn die Sozialversicherungsbeiträge

dürfen nicht ständig steigen. Ansonsten wird menschliche Arbeit in Deutschland unbezahlbar und Jobs werden vernichtet.

Ich sehe aber schon wie die bayrischen Kollegen die Gefahr, dass der Fonds zu einer Zentralisierung des Gesundheitswesens führen kann. Das darf nicht passieren. Zurzeit gehen die politischen Beschlüsse in Berlin und die Entscheidung der Selbstverwaltung im Gesundheitssystem aber leider genau in diese Richtung. Wir brauchen auf regionaler Ebene Entscheidungskompetenzen, denn hier kennen wir die Lage vor Ort sehr genau. Das ist aber keine Folge des Fonds.

SO!: Und was ist bei der Entlohnung der Ärzte schiefgelaufen? **Laumann:** Das System der ärztlichen Vergütung versteht heute kein Mensch mehr, daher musste es reformiert werden. Wer eine gute ärztliche und gerade auch hausärztliche Versorgung will, muss auch dafür sorgen, dass Ärzte nachvollziehbar und gut bezahlt werden. Das wollte die Politik. Ärzte wissen heute im Gegensatz zum letzten Jahr genau, was ihnen die Behandlung eines Patienten in Euro und Cent bringt. Früher haben sie hierfür den kassenärztlichen Vereinigungen

niedergelassenen Ärzteschaft rund 3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung stellen. Das hätte für eine durchschnittliche Gehaltserhöhung um ca. zehn Prozent gereicht. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Aber bei der Verteilung dieser Gelder zwischen den einzelnen Ärztegruppen und den Bundesländern haben die Spitzenverbandsgrerien der Ärzte und Krankenkassen keinen besonders guten Job gemacht. Und genau diese beiden Gruppen sind dafür da, das Geld gerecht zu verteilen. Nur ein Beispiel: Bei einem nordrhein-westfälischen Arzt kommt so gut

Laumann: In einigen Bundesländern, in denen Ärzte schon lange höhere Vergütungen erhalten als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, steigen diese stärker als anderswo. Damit werden bestehende Ungerechtigkeiten fortgeschrieben anstatt beseitigt. Genau das hat die Politik nicht gewollt. Die hohen Erwartungen, die die Honorarreform bei den niedergelassenen Ärzten geweckt hat, führen jetzt neben vollkommenem Unverständnis zur Frustration vieler Ärzte. Die Situation der nordrhein-westfälischen Ärzte macht mir dabei große Sorgen.



Punkte in Rechnung gestellt und erst sehr viel später erfahren, was sie wirklich verdient haben. Das konnte so nicht weitergehen. Heute können sich die Ärzte auf eine Gebührenordnung in Euro und Cent stützen.

SO!: Und diese ist zu niedrig bemessen. Oder warum klagen dann die Ärzte?

Laumann: Das glaube ich nicht. Die Politik hat beschlossen, der

wie keine Gehaltserhöhung an, wohingegen sich sein niedersächsischer Kollege über rund 17 Prozent mehr freuen kann. Die Politik wollte, dass bestehende Gehaltsunterschiede zwischen den Ärzten in verschiedenen Bundesländern angeglichen werden. Dies haben die Beschlüsse der Selbstverwaltung und Krankenkassen in keiner Art und Weise erreicht. Teilweise sogar noch das Gegenteil.

SO!: Wieso das?

SO!: In einigen Bundesländern setzen Ärzte schon Kassenpatienten unter Druck. Sie sagen: Es gibt eine Behandlung nur gegen zusätzliche Zahlungen.

Laumann: Sollte ein solcher Vorgang auftreten, werde ich mit aller Vehemenz mit meinem Ministerium als Aufsichtsbehörde einschreiten. Kassenpatienten dürfen nicht schlechter behandelt werden als Privatpatienten.

SO!: Was muss also geschehen?

Laumann: Die vielen Reformen und die Umsetzung durch die Selbstverwaltung haben zu einer Geldverteilungsmaschinerie geführt, die so undurchsichtig ist, dass es nicht mehr nachvollziehbar ist – nicht für Ärzte und nicht für Fachleute. Wenn man ein System so weit gebracht hat, dass man es niemandem mehr erklären kann, dann gibt es eine Systemkrise. An diesem Punkt sind die Ärzte jetzt. Entweder haben die Kassenärztlichen Vereinigungen und der Spitzenverband der Krankenkasse die Kraft, Regeln aufzustellen, die klar und durchsichtig sind, dann werden sie überleben können. Oder sie werden das Vertrauen der Ärzteschaft verlieren.

der Reform. Das würde uns noch weiter zurückwerfen. Die Honorarreform wurde nur halbherzig umgesetzt: Der Punktwert wurde bundesweit vereinheitlicht, das Pendant dazu, der Behandlungsbedarf, aber nicht. Es muss jetzt dafür gesorgt werden, dass überall eine gleiche ausreichende Gesamtvergütung zur Verfügung steht. Es kann nicht sein, dass in Nordrhein-Westfalen nur rd. 330 € für die normale Behandlung eines Patienten zur Verfügung stehen, in Hamburg aber fast 420 €. Im Übrigen gebe ich meinem bayerischen Kollegen Söder Recht, dass die regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen mehr Spielräume zur Verteilung des Geldes haben sollen. Ich möchte aber,

SO!: Die FDP plant die völlige Umgestaltung des Gesundheitssystems, wenn es nach der Bundestagswahl zu einer Koalition mit der Union kommt. Die Liberalen wollen die gesetzlichen Krankenversicherungen ablösen. Die Bürger sollen sich stattdessen privat versichern. Was halten Sie davon?

Laumann: Es ist das gute Recht der FDP, so etwas zu fordern. Aber ich selbst glaube nicht, dass wir in der Lage sein werden, auf diese Art und Weise den Großteil der deutschen Bevölkerung zu versichern. Die Privaten Krankenkassen haben ja schon heute erhebliche Probleme mit ihren Basistarifen, zu denen wir sie gezwungen



SO!: Bayern hat die Bundeskanzlerin aufgefordert, die Honorare nochmals auf den Prüfstand zu stellen. Ist das sinnvoll?

Laumann: Ich halte Änderungen an der Honorarreform für sinnvoll, aber keinen völligen Stopp

dass wir eine Ärztehonorierung in Euro und Cent behalten. Wir dürfen nicht wieder zu den undefinierbaren Punktwerten zurückkommen. Ich bin sehr gespannt darauf, was bei den derzeitigen Reformgesprächen herauskommt.

haben. Das ist der Tarif, zu dem sie diejenigen versichern müssen, die den normalen Privattarif nicht bezahlen können. Dieser Beitrag scheint ihnen also heute schon nicht zu reichen. Wie sollte er dann in der Zukunft ausreichend sein?

Mehr Lebensqualität und längeres Leben dank innovativer Medikamente Beitrag von Cornelia Yzer

Durchschnittlich 48 Jahre alt konnte ein Mädchen werden, wenn es im Jahr 1900 geboren wurde. Kommt es jetzt, im Frühling 2009, zur Welt, beträgt seine statistische Lebenserwartung 82 Jahre! Wird das Mädchen 2050 geboren, so werden es schon 88 Jahre sein. Bei Jungen ist diese beeindruckende Entwicklung ähnlich.

Rund 4 Millionen Menschen, die über 80 Jahre alt sind, leben bereits heute in Deutschland. Bis zum Jahr 2050 werden über 10 Millionen unserer Mitbürger in diesem respektablen Alter mit und unter uns leben. Dies sind Zahlen, die uns alle freuen! Und es sind Zahlen, die die forschenden Pharma-Unternehmen stolz machen: Schließlich haben sie einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass der medizinische Fortschritt heute Krankheiten heilen kann, die vor wenigen Jahrzehnten noch ein sicheres Todesurteil bedeutet hätten.

Medizinischer Fortschritt dank pharmazeutischer Innovationen

Wir haben rasante Fortschritte bei der Behandlung von schweren und lebensbedrohlichen Krankheiten erzielt. Einige einstmals tödliche Krankheiten wurden zu chronischen Krankheiten, viele chronische Krankheiten, die früher Patienten schwer belastet hatten,

können heutzutage gut behandelt werden. Die Lebensqualität wurde durch innovative Medikamente in vielen Fällen deutlich gesteigert. Dies betrifft „Massenkrankheiten“ wie Diabetes vom Typ II oder Bluthochdruck, aber auch seltene Krankheiten, an denen nur sehr wenige Menschen erkrankt sind, etwa zum Beispiel „Morbus Fabry“ (eine lebensbedrohliche genetisch bedingte Stoffwechselkrankheit, an der in der gesamten EU nur 1.200 Menschen leiden) oder das „fortgeschrittene Nebennierenrindenzinom“ (eine seltene, bösartige Tumorerkrankung - Zahl der Patienten in der EU: 4.000).

Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass HIV/AIDS kein sicheres Todesurteil bedeuten muss? Heute können die Patienten trotz ihrer Erkrankung darauf hoffen, dass sie in etwa so lange leben können wie Nicht-Infizierte – auch wenn ihre Lebensqualität eingeschränkt ist. Wer hätte vor wenigen Jahren zu hoffen gewagt, dass es einmal vorbeugende Impfungen gegen Krebs geben würde? Heute haben wir mit der Impfung gegen bestimmte Erreger, die für den Gebärmutterhalskrebs verantwortlich sind, eine erste Impfung gegen diese Geißel der Menschheit. Ihr können in den nächsten Jahren bereits weitere vorbeugende Impfungen gegen andere Krebsarten folgen. Auch die Behandlung von bereits erkrankten Krebspatienten macht



**Cornelia Yzer (Jahrg. 1961),
Rechtsanwältin**

Von 1986-1989 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, von 1989-1992 leitende Mitarbeiterin der Bayer AG, Werksverwaltung Leverkusen, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB), von 1992-1994 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Frauen und Jugend, von 1994-1997 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, seit 1997 Hauptgeschäftsführerin des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller e. V. (VFA).

immer weitere Fortschritte, auf die Millionen Menschen warten. Sehr wahrscheinlich lassen sich bei diesen Erkrankungen schon in wenigen Jahren ähnliche Erfolgsraten erzielen, wie bei der Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Hier ist es dank des medizinischen und vor allem des pharmazeutischen Fortschritts gelungen, dass sich die Sterblichkeit in den letzten 40 Jahren mehr als halbiert hat: Gab es 1968 in Deutschland noch rund 729 Todesfälle pro 100.000 Einwohner durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, so sind es heute nur noch rund 300 – ein Rückgang von fast 60 Prozent!

Neue Herausforderungen

Die Tatsache, dass „wir“ immer älter werden, freut uns also – sie stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen: Krankheiten, die noch vor wenigen Jahren kaum eine Rolle spielten, weil nur wenige Menschen ein hohes Alter erreichten, werden durch die Erfolge des medizinischen Fortschritts zur Massenkrankheit. Nicht nur Diabetes Typ II (an der freilich bereits Kinder erkranken können), Parkinson, bestimmte Krebserkrankungen und die Altersdemenz/Alzheimer treten nicht mehr nur vereinzelt auf, sondern betreffen immer mehr Patienten.

Forschungsschwerpunkte der Pharmaunternehmen

Die forschenden Pharmaunternehmen haben den Fokus ihrer Forschung deshalb darauf gerichtet, die Lebenserwartung und Lebensqualität vor allem bei diesen

schweren Krankheiten weiter zu verbessern. Die Entwicklung eines Medikaments kostet im Durchschnitt rund 800 Millionen US-Dollar und dauert rund 12 Jahre. So ist es also kein Wunder, dass die forschenden Pharmaunternehmen in Deutschland Spitze bei den Forschungsausgaben sind: In den letzten Jahren haben alleine die Mitgliedsunternehmen des VFA jeweils rund 4,5 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung in Deutschland ausgegeben. Dies sind mehr als 10 Prozent der Gesamtausgaben aller Forschungsausgaben der Industrie in Deutschland. Und dies wird von Firmen geleistet, die „nur“ rund 90.000 Mitarbeiter in Deutschland repräsentieren. So verwundert es nicht, dass die Pharmabranche, auch gemessen an den Forschungsausgaben pro Mitarbeiter, an der Spitze aller Branchen in Deutschland liegt. Und dies ist gut für unser Land! Denn nur wer in Forschung investiert, kann Zukunft gestalten – was in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation dringender vonnöten ist als jemals zuvor.

Im Mittelpunkt steht der Patient!

Für ihn bedeutet jedes neue Medikament, das aus unseren Forschungslaboren kommt, ein neues Stück Hoffnung. Nicht immer müssen damit sofort die ganz großen Fortschritte in der Therapie verbunden sein. Mit jeder scheinbar noch so kleinen Innovation leben Patienten in Deutschland länger und besser. Und wenn ein neues Medikament nur 3 Monate längere

Beschwerdefreiheit oder Lebensverlängerung bedeutet – die nächste Innovation verlängert das Leben wieder um einige Monate und die nächste wieder – und so werden aus Monaten Jahre und aus Jahren – vielleicht – Jahrzehnte. So, wie es im Verlauf der Entwicklung der Medizin immer wieder gewesen ist.

Und die Kosten?

Dass medizinischer Fortschritt in einer älter werdenden Gesellschaft nicht zum Nulltarif zu haben ist, dürfte jedem klar sein. Die Bundeskanzlerin hatte bereits zu Beginn der Legislaturperiode sehr richtig davon gesprochen, dass die Ausgaben für Gesundheit auch in Zukunft weiter steigen. Die Frage wird aber sein: Wie geht man damit um? Ganz entschieden muss einer Rationierung jeglicher medizinischer Leistungen widersprochen werden! Allerdings sollte es keine Denkverbote geben, die eine stärkere – sozial ausgewogene – Eigenleistung des Einzelnen einfordern. Ein zu hoher Krankenversicherungsbeitrag ist Gift für die deutsche Volkswirtschaft, da die Lohnnebenkosten dadurch weiter steigen würden. Die CDU hat mit der Forderung nach einer Abkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten den richtigen Ansatz. Durch Wettbewerb als Steuerungsinstrument könnten zudem mehr Effizienz und Qualität in die Gesundheitsversorgung dringen, damit auch in Zukunft gewährleistet ist: Alle werden am medizinischen und pharmazeutischen Fortschritt teilhaben. ■

Schön, dass es sich auszahlt, wenn man in die richtigen Werte investiert, z. B. in Sicherheit und Vertrauen.

Laut Umfrage genießen die Sparkassen großes Vertrauen. Und die Menschen erkennen den deutlichen Unterschied zwischen Sparkassen und Banken.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen.

Gut für Sie – und gut für Deutschland.



Quelle: Stern,
Ausgabe 7/2009,
Seite 50

Antworten zur Finanzkrise.

Stellen Sie uns jetzt Ihre Fragen – in Ihrer Sparkasse oder online unter www.gutfuerdeutschland.de



Steuerfreie Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz

Lohnende Investition in die Gesundheit der Mitarbeiter



Der Rücken tut weh vom statischen Sitzen, pochender Kopfschmerz vom starren Verharren vor dem Computer – Alltag in deutschen Büros. Seit Jahresbeginn können Angestellte und Firmenleitung steuerfrei etwas dagegen tun, denn Gesundheit ist jedem wichtig. Von agilen Beschäftigten profitieren Chefs und Unternehmen. Ein neues Steuergesetz fördert seit 1. Januar Maßnahmen der Gesundheitsprävention und bringt so Vorteile für beide Seiten. Konkret heißt das: Bis zu einem Freibetrag von 500 Euro im Jahr je Arbeitnehmer sind

Leistungen des Arbeitgebers zur betrieblichen Gesundheitsförderung zusätzlich zum Lohn/Gehalt steuerfrei (§ 3 Nr. 34 EStG). Unter die Steuerbefreiung fallen alle Leistungen, die im „Präventionsleitfaden der Spitzenverbände der Krankenkassen“ genannt sind. Die Teilnahme an einer Rückenschule ist genauso steuer- und sozialabgabenfrei wie Ernährungsberatung, Bewegungstraining, Programme zur Stressbewältigung und Entspannung, Suchtprävention und vieles mehr. Auch Programme zur Rauchentwöhnung fallen unter das Gesetz.

Der Arbeitnehmer braucht solche Extras nicht versteuern, sie sind kein „geldwerter Vorteil“. Entscheidend ist, dass der Arbeitnehmer die Leistung zusätzlich erhält, also nicht als Teil des regulären Lohns.

Annette Widmann-Mauz, Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Die betriebliche Gesundheitsförderung in Deutschland ist ein nachahmenswertes Erfolgsmodell. Sie ist ein Garant für die zielgerichtete Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens gerade vor dem Hintergrund der sich verändernden Arbeitswelt. Länger gut arbeiten kann nur, wer gesund bleibt. Vorhandene sinnvolle und bewährte Präventionsmaßnahmen müssen gestärkt und weiterentwickelt werden, die Kooperationen zwischen einzelnen Kostenträgern und den Betrieben haben sich bewährt.“

Ein weiterer Vorteil für Unternehmen: Bürokratie wird abgebaut. Umfassende Einzelfallprüfungen sollen entfallen. Die in Anspruch genommenen Vorsorgeleistungen müssen lediglich den Vorschriften des SGB V entsprechen (Quelle: Bundesministerium für Gesundheit). Auf der sicheren Seite sind die Arbeitgeber, wenn sie den Betrag auf der Gehaltsabrechnung als steuerfreie Sonderleistung zur

Gesundheitsförderung ausweisen. So halten sie jeder Finanzamtsüberprüfung stand.

Insbesondere Arbeitgeber kleinerer oder mittlerer Unternehmen sind oftmals nicht in der Lage, eigene Gesundheitsförderungsmaßnahmen durchzuführen. Sie haben nun die Möglichkeit, durch außerbetriebliche Maßnahmen - die den geforderten Kriterien entsprechen - ihre Mitarbeiter fit zu machen und so auch zu motivieren. Warum nicht mal der gesamten Buchhaltungsabteilung pro Monat eine Massage ermöglichen?

40 Prozent aller „chronisch degenerativen“ Erkrankungen haben ihre Ursachen im Arbeitsleben und führen zu häufigen Fehltagen im Betrieb. In Deutschland schätzen Gesundheitsexperten den dadurch entstehenden wirtschaftlichen Schaden auf rund 70 Milliarden Euro im Jahr. „Die neue Regelung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie bringen eine Win-

Win-Situation für Unternehmen und Mitarbeiter“, erklärt Dr. Dirk-Matthias Rose, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialhygiene Stiftung (IAS). „Internationale Studien belegen, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer ein knallharter ökonomischer Faktor ist. Denn jeder Krankheitstag bedeutet einen wirtschaftlichen Verlust für die Fir-

ma. Die logische Folge ist, solche Fehltag zu reduzieren.“

Doch einen Wermutstropfen gibt es: Mitgliedsbeiträge für Sportvereine und Fitness-Studios sind nicht steuerfrei. Ausnahme: Das Fitness-Studio führt förderungsfähige Kurse, z. B. Rückenschulungen, durch. ■

Checkliste Worauf Sie achten sollten

1. Arbeitnehmer können gesundheitsfördernde Leistungen nicht einfordern.
2. Der Arbeitgeber muss die Maßnahmen zusätzlich als Bonus zum geschuldeten Arbeitslohn leisten.
3. Gesundheitsfördernde Leistungen können direkt vom Arbeitgeber oder an den Arbeitnehmer als Erstattung für bereits von ihm bezahlte Leistungen gezahlt werden.

Die Maßnahmen müssen nicht kollektiv und nicht allen Mitarbeitern gleich zugutekommen. Jeder Einzelne kann andere Leistungen vom Arbeitgeber bezahlt bekommen. Maßgeblich für die Einstufung als gesundheitsfördernde Leistung ist der „Präventionsleitfaden der Spitzenverbände der Krankenkassen“. Den gibt es bei den Krankenkassen z. B. unter www.ikk.de/Politik und Positionen/Prävention. Krankenkassen bieten auch oft Hilfe bei der Suche nach geeigneten Maßnahmen.

Anzeige

BUSINESS TO PLEASURE

PHANTASIALAND BRÜHL

Events mit Relevanz!

Erleben Sie Business der neuen Dimension bei Tagungen und Veranstaltungen im Phantasieland!

Business to Pleasure – der Event- und Geschäftskundenbereich des Phantasielandes – bietet außerordentliche Locations, inspirierende Tagungsarrangements, authentische Erlebnishotels der gehobenen Sternekategorie und Catering der Extraklasse von 10 bis 20.000 Personen.

Alles aus einer Hand – alles bei Business to Pleasure!

Business to Pleasure

Phantasieland Schmidt-Löffelhardt GmbH & Co. KG • Berggeiststraße 31-41 • 50321 Brühl
Telefon +49 (0) 22 32 / 36-660 • business2pleasure@phantasieland.de • www.business2pleasure.de



Bundesministerin Ilse Aigner: „Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen“



Die Welt befindet sich im Bann der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Diese hat nicht nur Banken und Unternehmen erfasst, sondern auch die vielen Menschen, die ihr Kapital an den weltweiten Finanzmärkten angelegt und verloren hatten. Auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bekommen das auf ihren Konten und in den Geldbeuteln zu spüren.

Aus zahlreichen Briefen und Gesprächen kenne ich viele erschütternde Einzelschicksale. Manche haben einen Teil, andere sogar ihr gesamtes Ersparnis verloren. Neben diesen finanziellen Verlusten ist ein massiver Vertrauensverlust in die Banken- und Finanzwelt getreten. Infrage gestellt wird die Praxis einer reinen, am Kurzfristenken und an übertriebener Gewinnsucht ausgerichteten Marktwirtschaft, die in den letzten Jahren in etlichen Wirtschaftsbereichen die soziale Marktwirtschaft immer stärker bedrängt hat.

Es war daher richtig und wichtig, dass die Bundesregierung mit der Kanzlerin Angela Merkel einen Schutzschirm über die Banken aufgespannt hat. Das hat verhindert, dass der Geldkreislauf zusammenbricht. Darüber hinaus wurde mit der Garantieerklärung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Art „Airbag“ geschaffen, der die Gelder auf deutschen Spar-, Giro- oder Festgeldkonten vor einem Aufprall durch die Finanzkrise geschützt hat. Das hat einen Ansturm auf unsere Banken, wie in Island, abgewendet. Dennoch gibt es so manchen Arbeitnehmer, der sein Ersparnis beispielsweise in Aktien, Zertifikaten oder Wertpapierdepots, angelegt hatte. Viele davon wurden von der Wucht der Finanzkrise erheblich getroffen.

Bei der Fülle der Einzelschicksale war es geboten, im Verbraucherinteresse und damit auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu handeln. Bereits Ende des Jahres haben wir daher als „Erste-Hilfe-Maßnahme“ die Telefonhotline der Verbraucherzentralen zur Finanzmarktkrise finanziert. Die hohe Zahl von 140.000 Anrufen zeigt uns, dass viele dieses Angebot gebraucht und dankbar angenommen haben. Es war stets ein Grundgedanke der Union, die Menschen mit ihren Sorgen nicht alleine zu lassen. Darüber hinaus habe ich die

„Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen“ gestartet.

Mein Ziel ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihren Finanzanlagen eine Art „Routenplaner“ erhalten. Mit diesem sollen sie künftig sicher durch die Finanzwelt navigieren können. Wer für ein Auto spart, Geld für die Rente zurücklegt oder für die Berufsausbildung der Kinder vorsorgt, braucht Sicherheit.

In diesem Zusammenhang sind drei Komponenten besonders wichtig.

Erstens: Gute Verbraucherinformationen

Die Verbraucherinformation soll ausreichend, transparent und verständlich sein. Deshalb fördert mein Ministerium im Jahr 2009 die Arbeit des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes mit 8,7 Mio. € und die der Stiftung Warentest mit 6 Mio. €. Das ist eine konkrete Informationsleistung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Des Weiteren haben wir in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen eine Checkliste für Finanzberatungen veröffentlicht. Diese Liste ist unter www.bmelv.de abrufbar. Sie enthält die wichtigsten Fragen, die jeder sich selbst oder seinem Finanzberater

stellen sollte. So unterstützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei, ihr mühevoll verdientes Geld ihren Bedürfnissen entsprechend optimal anzulegen.

Dazu gehören klare Aussagen zu den vier wesentlichen Merkmalen eines Anlageproduktes: zu Sicherheit, Flexibilität, Rendite und Kosten. Hier bestanden gerade bei Zertifikaten erhebliche Defizite. Der Gesetzentwurf zum Schuldverschreibungsrecht enthält deshalb ein Transparenzgebot für Anleihebedingungen.

Zweitens: Kompetente Finanzvermittler

Vor allem muss eine kompetente Beratung gewährleistet sein. Hier liegt noch einiges im Argen. Nach einer Studie werden die Langfristschäden für die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Grund mangelhafter Finanzberatung auf jährlich 20-30 Milliarden Euro geschätzt. Ziel ist es, sowohl die Qualifikation der Finanzvermittler zu erhöhen als auch die finanziellen Anreizstrukturen auf den Prüfstand zu stellen. Wir brauchen verbindliche Mindeststandards für alle Finanzvermittler und eine anspruchsvolle Berufsqualifikation.

Auch in Zukunft bleibt es natürlich legitim, mit der Finanzberatung Gewinne zu erzielen. Qualität, Seriosität und Achtung des Kundenwunsches dürfen jedoch nicht dem Streben nach Profit, Provision und Gehaltsmaximierung zum Opfer fallen.



Die Checkliste ist unter www.bmelv.de abrufbar

Drittens: Effektive Verbraucherrechte

Der Verbraucher auf Augenhöhe mit der Wirtschaft – diesem Ziel dienen effektive, durchsetzbare Verbraucherrechte für Arbeitnehmer.

1. Deshalb wollen wir im Gesetzentwurf zum Schuldverschreibungsrecht drei wesentliche Neuerungen verankern: eine Protokollpflicht bei Beratungen, einen einklagbaren Anspruch auf Aushändigung des Beratungsprotokolls und
2. eine Verlängerung der Verjährungsfristen.
3. Dem Schutzinteresse der Arbeitnehmer ist dadurch besser Rechnung getragen.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört das Vertrauen in die Finanzwelt. Da sind zuerst die Banken selbst in der Pflicht. Denn, ohne einzelne Bankmanager an den Pranger stellen zu wollen: Die Finanzkrise hat ihren Ursprung in diesem Sektor. Wir brauchen deshalb einen passgenauen Ordnungsrahmen und bessere Spielregeln für die Finanzmärkte – bei uns, in Europa und weltweit.

Das Fundament bleibt unsere wertebezogene, nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Ich möchte die Arbeitnehmer ermutigen, als kritische und selbstbewusste Verbraucher auch auf den Finanzmärkten ihre Rechte wahrzunehmen.

Die Union steht an Ihrer Seite. ■

Flexicurity – Die Zauberformel oder nur eine neue leere Hülse? Erste europäische Arbeitsmarktkonferenz tagte im AZK



Otto-Werner Schade und Werner Schreiber bei der Diskussion

Königswinter – „Wir leben nicht mehr in einer Zeit, in der man davon ausgehen kann, sein Leben bei einem Arbeitgeber, an einem Ort und in einem Beruf zu verbringen.“ Flexibilität am Arbeitsmarkt ist also angesagt, deren Kern auch die Mobilität der Arbeitnehmer ist. Verbunden allerdings mit einer gewissen sozialen Absicherung. „Flexicurity“ haben dies die Erfinder einer neuen Arbeitsmarktpolitik genannt. Diese These von Professor Berndt Keller blieb nicht lange unbeantwortet. „Nein“, konterte die stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Silke Striezel, „es kann nicht sein, dass Familien auseinandergerissen werden, weil der Vater

einen Arbeitsplatz in Hamburg und die Mutter in München annehmen muss. Die Kinder bleiben dann bei den Großeltern oder kommen in staatliche Betreuung.“ Doch Piet Nelissen vom WOW-Sekretariat in Brüssel ging noch weiter. „In Zeiten der Globalisierung müssen sich die Arbeitnehmer darauf einstellen, für den Job auch in ferne Länder und auf andere Kontinente zu ziehen.“ Er prophezeite: „In 20 bis 30 Jahren wird es keine nennenswerte Autoindustrie mehr in Deutschland geben. Dann werden die Autos in Indien, Brasilien und China hergestellt. Und nur dort werden die Fachkräfte Arbeit finden.“

Gleich drei renommierte Wissenschaftler hatten die Bundesagentur für Arbeit und die Stiftung Christlich-Soziale Bildung bei der ersten europäischen Arbeitsmarktkonferenz im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter aufgeboten, um das Thema „Flexicurity“ mit den Experten aus sechs Nationen zu diskutieren. Professor Dr. Hermann Ribhegge (Europa-Universität Viadrina), Professor Dr. Berndt Keller (Universität Konstanz) und Professor Dr. Andranik Tangian (Hans-Böckler-Stiftung) führten mit engagierten Vorträgen in die komplexe Materie ein.

Die Europäische Kommission hat vier Komponenten definiert, die als Säulen der „Flexicurity“ in den einzelnen Mitgliedsländern umgesetzt werden sollen:

1. Flexible und verlässliche vertragliche Vereinbarungen, die durch moderne Arbeitsgesetze, Kollektivvereinbarungen und Formen der Arbeitsorganisation garantiert werden. Die lockeren Kündigungsvorschriften sollen Arbeitsplatzdynamik und dadurch die Entstehung von mehr Arbeitsplätzen bewirken.
2. Wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die als Brücke in die Beschäftigung gesehen werden sollen. Die Arbeitssuchenden sollten frühzeitig durch aktivierende Maßnahmen bei der

Arbeitssuche nach dem richtigen Prinzip gefördert werden.

3. Umfassende Strategien des lebenslangen Lernens, durch die die ständige Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet werden kann. Vielfältige bedarfsorientierte Weiterbildungsmodelle, die Karrierewege eröffnen und so alle Potenziale erschließen, sollten sowohl von den Arbeitgebern in den Unternehmen, als auch im Rahmen der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angeboten werden.

4. Moderne Systeme der sozialen Sicherheit, die eine angemessene Sozialleistung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und in der Rente gewährleisten. Den Arbeitnehmern in einem flexiblen Arbeitsmarkt muss der notwendige Schutz bei und vor einer Arbeitslosigkeit gewährleistet werden.

An den Beispielen aus Dänemark und den Niederlanden wurden funktionierende Konzepte vorgestellt, die allerdings nach Überzeugung aller Tagungsteilnehmer nicht auf alle Länder der EU anwendbar sind. So bleibt die Vorgabe der EU denn auch relativ schwammig und lässt den Mitgliedsstaaten alle Möglichkeiten zur Ausgestaltung, zumal auch keinerlei Sanktionen im Falle einer Nichtumsetzung des Konzepts angedroht sind wie etwa in der Finanzpolitik.

Unter der Leitung von Ex-Minister Werner Schreiber, Vorsitzender der Stiftung CSP, und BA-Regio-

naldirektor Otto-Werner Schade diskutierten die Experten im Forum engagiert das Für und Wider einzelner Lösungsansätze. Wobei ein erhebliches Misstrauen bei den Sicherungskomponenten deutlich wurde, das insbesondere Matthias Thorns von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu spüren bekam.

Vor allem die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit bereitete der Expertenrunde große Sorgen. Die liegt namentlich in den südeuropäischen Ländern bei bis zu 25 Prozent und dürfte sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiter verstärken. Hinzu kommen massive Probleme bei Menschen mit Migrationshintergrund. Doch auch die Tatsache, dass durch die zahlreichen atypischen Arbeitsverhältnisse die Zahlungen in die Sozialversicherung, vor allem die Rentenversicherung, stark eingeschränkt werden und damit im Alter zu dramatischen Unterversorgungen weiter Bevölkerungsschichten führen werden, beschäftigte die Runde, die sich aus Behördenvertretern, Betriebsräten, Politikern und Wissenschaftlern zusammensetzte, sehr. Dies sei eine der großen Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik.

Patrick Meyer, Vizepräsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien, Robert Weber, Nationalpräsident des LCGB in Luxemburg und Maria Kaun von der Wirtschaftskammer Österreich zeigten Lösungsansätze aus ihren Heimatländern auf. Es wurde deutlich, dass die Frage der Ju-

gendarbeitslosigkeit auch hier eine zentrale Rolle spielt. In Österreich, so erklärte Maria Kaun, habe man mit Job-Coachs, die Jugendliche persönlich betreuen und Mentoren aus Unternehmen und Firmen schon recht erfolgreiche neue Ansätze, um dem gravierenden Problem zu begegnen.

Ist „Flexicurity“ eine faire Chance oder beeinträchtigt sie nur weiter die Arbeitnehmerrechte? In seinem Impulsreferat beleuchtete Otto Werner Schade die verschiedenen Positionen und zeigte Verständnis für die Bedenken und Vorbehalte. Und er zeigte sich überzeugt, dass sich arbeitsmarktliche Erfahrungen anderer Ländern eben nicht 1:1 auf die Bundesrepublik übertragen lassen. „Letztlich dominiert in der EU die Vielfalt nicht die Uniformität. Was ja so schlecht auch nicht ist.“ Es gebe aber ausreichend Diskussionsansätze, die sich auch aus dem „Flexicurity“-Konzept entwickeln ließen.

Karsten Matthis, Chef des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter (AZK) kündigte an, dass die Diskussion nun in einzelnen Seminaren im AZK fortgeführt werden soll, bevor dann im Jahr 2010 die zweite europäische Arbeitsmarktkonferenz sich mit konkreten Forderungen für die Umsetzung des „Flexicurity“-Konzepts in den EU-Mitgliedsstaaten befassen wird. CSP-Vorsitzender Werner Schreiber zeigte sich beeindruckt vom hohen Niveau der durchaus kontroversen Diskussion: „Es hat gezeigt, dass noch sehr viel Arbeit vor uns liegt.“ ■

Erfolgreiche Festveranstaltung zu Tarifvertragsgesetz Laumann gegen staatliche Lohnfestlegung



Am 9. April 2009 wurde das Tarifvertragsgesetz 60 Jahre alt. Das Gesetz ist damit so alt wie das Grundgesetz, das wenige Wochen später verkündet wurde und in dem die Koalitionsfreiheit auch verfassungsrechtlich verankert ist. Für die CDA war das Jubiläum Anlass, zu einer hochkarätig besetzten Veranstaltung nach Frankfurt am Main einzuladen. Über 150 Gäste diskutierten mit CDA-Chef Karl-Josef Laumann, dem ersten stellvertretenden CDA-Vorsitzenden Gerald Weiß, BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner und Ingrid Sehrbrock, CDA- und DGB-Vize, über die Zukunft des Tarifgesetzes.

Den Auftakt gestaltete Matthais Zimmer. Der Kreisvorsitzende der CDA Frankfurt, der auch für den Bundestag kandidiert, nahm anlässlich der Veranstaltung auch auf die Wirtschaftskrise Bezug. „Wir hatten in den letzten Jahren keinen Reformstau in der Sozialpolitik, sondern in der Finanzpolitik“, sagte Zimmer angesichts der Krise. Der CDA-Bundvorsitzende Karl-Josef Laumann MdL, blick auch auf die historische Entstehung des Tarifvertragsgesetzes vor 60 Jahren. „Wie wichtig dieses Gesetz für die Entwicklung unserer Gesellschaft war und ist, sieht man am ungewöhnlichen Zustandekommen“, sagte Laumann. Er sei ja fast ein bisschen überraschend, „aber: Gewerkschaften und Arbeitgeber haben nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam für die Tarifautonomie gekämpft“. Dieser Konsens sei entstanden, weil es um etwas ganz Grundlegendes gegangen war: „Nämlich die Frage: Wie bauen wir – wirtschaftlich und politisch – unser Land wieder auf?“

Für Laumann steht außer Frage: „Staatliche Lohnfindung ist der falsche Weg. Genauso ist eine freie Lohnfindung von freien Tarifparteien ein Kennzeichen unserer Demokratie.“ Dennoch ist auch der Sozial- und Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen für staatliche Eingriffe in bestimmten Situationen. Es habe als Arbeitsminister in NRW bereits über 170.000

Beschäftigte mehr als bei seinem Amtsantritt im Jahr 2005 über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen vor Dumpinglöhnen geschützt. Aber das ist der Unterschied zu einem staatlichen Mindestlohn, den ich ablehne. Lohnuntergrenzen durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, über das Mindestarbeitsbedingengesetz und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz kommen mit den Tarifpartnern, nicht gegen sie zu Stande!

Lobende Worte für das Tarifvertragsgesetz fand auch der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Reinhard Göhner. 80% des Arbeitsverhältnisses in Deutschland seien tarifgebunden. Dies sei auf der Habenseite zu buchen. Aber es gebe auch kritische Strömungen. So trage die Zunahme von Haustarifverträgen zur „Zerfledderung des Tarifsystems“ bei, so Göhner. Aber auch in der Zunahme der betrieblichen Bündnisse sieht Göhner einer Gefahr, die allerdings die Gewerkschaften zu verantworten hätten. „Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen war einer der entscheidendsten Fehler der Gewerkschaften in den letzten Jahren“. Denn die Entstehung der betrieblichen Bündnisse hätten fast immer als Ursache die Arbeitszeit.“ Vor allem mit diesem Statement regte Göhner die anschließende Diskussion an. ■

„Frauenarbeit ist mehr wert“ CDA-Aktion war ein voller Erfolg?



Berlin. Kurfürstendamm. Kranzler-Eck. März 2009. Freitagnachmittag. Das Wetter ist gut.

Menschen hasten vorbei, andere schlendern gemütlich und schauen sich interessiert um. Gegenüber wird ein großer Stand aufgebaut. „CDA Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft“ ist dort zu lesen. Während einige Kisten aus einem Auto ausladen und Sonnenschirme befestigen, sind andere fleißige Hände bereits damit beschäftigt, verschiedene Materialien in rote Stoffbeutel zu verteilen. „Equal Pay Day“ ist darauf zu lesen oder auch „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und wieder „CDA Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft“. In den Stofftaschen befindet sich u.a. ein Faltblatt der Frauen in der CDA, das auf das Anliegen des Equal pay day aufmerksam machen will und Informationen zu diesem Thema und der Arbeit der AG Frauen enthält. Inzwischen haben sich

rund 30 Parteimitglieder um den Stand versammelt. Nach einem kurzen „Hallo“ und einer kleinen Einweisung geht es dann los. Kleine Grüppchen bilden sich, packen große rote Notebooktaschen mit der Aufschrift „Equal Pay Day“ mit den gefüllten Stoffbeuteln voll und machen sich auf den Weg die Straße entlang, um den Verteilradius zu erhöhen. Andere bleiben in Standnähe, hängen sich die roten Stoffbeutel über den Arm und sprechen die vorbeigehenden Menschen an. Mit vielen beginnt ein kurzes Gespräch. Manche wissen mit dem Begriff „Equal Pay Day“ nichts anzufangen und fragen nach, andere können sich nicht vorstellen, dass Frauen in Deutschland auch heute noch rd. 22% weniger verdienen als Männer. Einige möchten nichts von der CDU und etliche Touristen verstehen kein Deutsch.

Da erwies es sich als praktisch, auch die parteineutralen Equal Pay Day-Beutel zu haben, Englisch wird überall auf der Welt verstanden und da es sich ja auch um weltweite Frauendiskriminierung handelt, ist es wunderbar, wenn unser Thema mit Reisenden auch in andere Länder gelangt. Nach 90 Minuten schließlich mussten wir die Aktion abbrechen – wir hatten einfach kein Material mehr zum Verteilen. Etwa die Hälfte der Beteiligten waren CDA-Mitglieder aus allen Teilen der Stadt, die

anderen gehörten zur CDU und der FrauenUnion des Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf. Auch die Parteiprominenz war zahlreich vertreten: Für die CDA beteiligten sich der Landesvorsitzende Horst Gedack und sein Stellvertreter Joachim Specht sowie mehrere Kreisvorsitzende, die CDU war mit ihrem Stadtrat Joachim Krüger, dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Carsten Engelmann, der Vorsitzenden der FrauenUnion Marion Halten-Bartels und dem Bundestagsabgeordneten Ingo Schmitt vertreten. Initiiert und organisiert wurde die gesamte Veranstaltung von Dagmar König, Landesvorsitzende der Frauen in der CDA Berlin und Mitglied im Bundesvorstand.

Manch einen mag es gewundert haben – die Hälfte der Beteiligten war männlich – und das war gut so. Das Ziel, gerechte und auskömmliche Einkommen für Menschen zu sichern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der CDA. Daher ist es nur selbstverständlich, dass sich nicht nur die Frauen in der CDA am Equal Pay Day beteiligen, sondern die CDA dies in ihrer Gesamtheit tut. So haben das auch die Kollegen gesehen. Die Auftaktveranstaltung in Berlin 2009 war ein voller Erfolg. Sie hat innerparteiliche Skeptiker überzeugt und große Wirkung nach außen erzielt

Frauenarbeit ist Mehrwert! ■

Dagmar König

Namen und Nachrichten

+++ **Dr. Ralf Brauksiepe MdB** wurde auf der 24. Landestagung der CDA NRW in Mönchengladbach zum als Landesvorsitzender der CDA NRW bestätigt. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht seit 2002 der Vereinigung vor. Auch der erste stellv. Landesvorsitzende **Norbert Post**, Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister-Kandidat für Mönchengladbach, wurde in seinem Amt bestätigt. Als weitere Stellvertreter wurden **Doris Jansen**, **Karl-Albert Esser** und **Hubert Kleff MdL** gewählt. Schatzmeister bleibt **Wilfried Woller**. +++



+++ Sehr zahlreich waren die Gäste, die der gemeinsamen Einladung der CDU-Gemeinderatsfraktion, dem CDU-Kreisverband Mannheim und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Mannheim, CDA zum Geburtstagsempfang für **Kurt Wawrzik** gestern gefolgt sind,

obwohl sich der Jubilar eigentlich nur einen kleinen Personenkreis gewünscht hatte. Weggefährtinnen und Weggefährten aus mehr als 5 Jahrzehnten kamen, um dem Jubilar zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren. Angeführt vom 1. Bürgermeister der Stadt Mannheim, **Christian Specht**, Bürgermeister **Michael Grötsch** und dem stellv. Bundesvorsitzenden der CDA, **Dr. Christian Bäumler** fanden frühere und heutige Wegbegleiter, darunter Altbürgermeister, Altstadträte, Ehrenringträger der Stadt Mannheim, amtierende Stadträtinnen und Stadträte, CDA-Kolleginnen und -kollegen aus Stadt und Land den Weg in die „Kapelle“ des Förderbandes e.V. in der Mannheimer Innenstadt. Sie alle kamen, um dem Altstadtrat Kurt Wawrzik, Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, MDB a.D., MdEP a.D., Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments, Ehrenvorsitzender der CDU Mannheim, Ehrenvorsitzender der CDA Nordbaden, Ehrenvorsitzender der CDA Mannheim und ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Sozialausschüsse der EVP zu seinem runden Ehrentag zu beglückwünschen. +++

+++ Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Kreisverband Odenwald besuchte unter der Leitung der Vorsitzenden **Carla Pagel** und des Landratskandidaten **Dr. Arno Zips** das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis in Erbach.

Das Informationsgespräch führte der Geschäftsführer des Zentrums Dipl. Verwaltungswirt **Andreas Schwab**. Von links: **Helmut Kramler**, Geschäftsführer Andreas Schwab, Landratskandidat Dr. Arno Zips, **Franz-Josef Pagel**, **Hubert Tritz**, **Sonja Kredel**, Carla Pagel und **Georg Schnellbäche**. +++



+++ Vertrauens- und Hauptvertrauenspersonen der schwerbehinderten sächsischen Landesbediensteten haben am 23. Februar 2009 für weitere vier Jahre den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden im Freistaat Sachsen (AGSV SACHSEN) gewählt. **Alfred Franke** vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales wurde in seiner Funktion als Vorsitzender bestätigt. Zum Stellvertreter wurde **Rolf Brahms** vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Wilfried Bönsch** vom Sächsischen Staats-

ministerium des Innern, Bereich Polizei und **Stephan Möbius** vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Bereich Lehrkräfte. +++



+++ Bei der Bezirkstagung der Sozialausschüsse der CDU (CDA) Koblenz-Montabaur in Neuwied bestätigten die Delegierten den 44-jährigen **Ekkehard Gauglitz** – der auch Mitglied des CDA-Bundesvorstandes ist – einstimmig als CDA-Bezirksvorsitzenden. Er begleitet dieses Amt seit nunmehr 10 Jahren und ist der dienstälteste CDA-Bezirksvorsitzende in Rheinland-Pfalz. Zu seinem ersten Stellvertreter wurde **Norbert Faltin** (Neuwied) und zu weiteren Stellvertretern wurden **Dieter Schlund** (Idar-Oberstein) und Angela **Schneider-Forst** (Härtlingen) gewählt. Des Weiteren gehören als Schatzmeister **Hans Knebel** (Nauort), als Schriftführer **Damian Hötger** (Idar-Oberstein) sowie als Beisitzer/innen **Ute Eberl** (Höhr-Grenzhausen), **Arnold Fischer** (Neustadt/Wied), **Karlheinz Igel** (Andernach), **Klaus Morsch** (Bell), **Gerhard Neumann** (Neuwied), **Ludolf Oster** (Kaifenheim), **Karl Josef Peil** (Lahnstein), **Hans-Werner Rhein** (Sohren) und



+++ Die CDA Idar-Oberstein hat zur Podiumsdiskussion gegen Kinderarbeit geladen. CDA-Hauptgeschäftsführer **Martin Kamp** (4.v.l.), CDA-Bezirksvorsitzender **Ekkehard Gauglitz** (6.v.l.), die Verbraucherbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Julia Klöckner MdB** und Kreis-

handwerksmeister **Eric Aulenbach** (1.v.l.) diskutierten mit zahlreichen Gästen, was Verbraucher tun können, um Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu vermeiden. Auch die Einhaltung von Sozialstandards und fehlende Bildungschancen waren Thema. +++

Markus Schweig (Idar-Oberstein) dem Vorstand an. Als Gastredner zur diesjährigen CDA-Tagung konnten der CDU-Europaabgeordneten **Dr. Werner Langen** sowie der CDU-Landtagsabgeordneten und CDU-Bundestagskandidaten **Erwin Rüdell** begrüßt werden, die zu den Themen „Europäische Politik im Zeichen der Globalisierung“ und „Neue Werte – Ethik in der Wirtschaft“ sprachen. +++

+++ Kurzgespräch der JungenCDA Baden-Württemberg mit dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, **Günter H. Oettinger**, im Rahmen der Stuttgarter Touristik- und Freizeitmesse CMT in der neuen Landesmesse Stuttgart.

Viel zu entdecken im attraktiven Reiseland Baden-Württemberg und in dem bei jungen Baden-Württem-

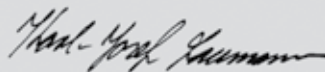


bergern beliebter werdenden Reiseziel Ostseebad Kühlungsborn an der Mecklenburgischen Ostseeküste! +++

Herzliche Einladung!

„Nur Gerechtigkeit schafft Zukunft!“ Dies ist das Motto der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Die Bundestagswahlen haben gezeigt, dass die Menschen ein sozial gerechtes Deutschland wollen. Dafür stehen wir Christlich-Soziale in der CDU.

Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen!



Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ja nein

Als Aufnahmespende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen. Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

einmal jährlich zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).